



Extinction Rebellion fordert Strafen für Umweltzerstörung – nicht Kriminalisierung von friedlichem Protest

Berlin 21.09.2022. Mit mehreren Blockaden in Berlin hat die Klima- und Umweltbewegung Extinction Rebellion die Regierung aufgefordert, so schnell wie möglich aus fossilen Energien auszusteigen. Eine Sprecherin schätzt die Proteste der vergangenen Tage als erfolgreich ein, kritisiert aber gleichzeitig das unverhältnismäßige Polizeiaufgebot.

“Der Staat unterdrückt friedlichen Klimaaktivismus mit einem massiven und kostspieligen Polizeieinsatz und kriminalisiert den friedlichen Protest von Bürger*innen, der in der jetzigen Situation absolut erforderlich ist. Wir haben nur noch wenige Jahre Zeit, um unumkehrbare Klimakipppunkte abzuwenden“, so Annemarie Botzki aus dem Presseteam von Extinction Rebellion.

“Die anhaltende Zerstörung von Umwelt und Klima muss strafrechtlich belangt werden, nicht der legitime Protest dagegen,“ so Maria-Inti Metzendorf, Gesundheitswissenschaftlerin und Aktivistin.

Vertreter*innen der Vereinten Nationen wie Christiana Figueres, die Architektin des Pariser Klimaabkommens, haben bereits erklärt, dass ziviler Ungehorsam wie der von Extinction Rebellion wichtig sei. UN-Generalsekretär António Guterres erklärte anlässlich der Veröffentlichung des IPCC-Berichts: “Klimaaktivisten werden manchmal dargestellt als gefährliche Radikale, aber die wahrlich Radikalen sind Länder, welche die Produktion von fossilen Brennstoffen steigern.“ Deutschland investiert jedoch nach wie vor in neue fossile Infrastruktur wie Flüssiggasterminals und vereinbart neue Gasimporte.

Bewegung kritisiert die Kriminalisierung der Proteste

Nach Polizeiangaben wurden im Rahmen der Aktionstage von Extinction Rebellion bei der Straßenblockade am Samstag die Personalien von 235 Menschen aufgenommen und Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Nötigung und Verstoßes gegen das Versammlungsfreiheitsgesetz eingeleitet. Dazu kommen 19 Strafverfahren wegen des Verdachts auf Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Bei der Aktion am Montag am Potsdamer Platz waren über 30 Mannschaftswagen der Polizei im Einsatz und 90 Ermittlungsverfahren wurden nach Polizeiangaben eingeleitet. Am Dienstagvormittag wurden präventiv im gesamten Regierungsviertel Bürger*innen durchsucht und Dutzende Platzverweise ausgesprochen, was Bürger*innen an der Wahrnehmung des Grundrechts auf Versammlung hindert.

Die Polizei versuchte zudem, Aktivist*innen vor den Aktionstagen einzuschüchtern indem sie Aktivist*innen zuhause aufsuchte und "Gefährderinnenansprachen" durchführte.

Gefährderansprachen dienen eigentlich dem Zweck die voraussichtliche Begehung von Straftaten

und Gefahren zu verhindern. "Das ist eine völlig unverhältnismäßige Kriminalisierung von friedlichem Klimaprotest," so Judith Pape, gegen die eine solche Ansprache gerichtet wurde.

Rechtliche Entwicklungen deuten jedoch bereits jetzt darauf hin, dass ziviler Ungehorsam wie Straßenblockaden legitim sind. "Gerichte gestehen ein, dass die globale Erwärmung eine gegenwärtige Gefahr für die menschliche Zivilisation darstellt, gegen die der Staat zu wenig unternimmt," so Rechtsanwalt Mathis Bönke aus Münster, der mehrere Klimaaktivist*innen vertritt. "Auch scheuen sie sich, Klimaaktivist*innen zu verurteilen, ziehen aber noch nicht die Konsequenz, sie freizusprechen und stellen stattdessen die Verfahren ein."

"Ziviler Ungehorsam ist moralisch und strategisch wichtig und richtig und wir laden Menschen ein, sich uns anzuschließen. Wir haben die Diskussion über die Klimakatastrophe bereits mit verändert – wir haben Bürger*innenräte inspiriert und viele Städte und Institutionen dazu gebracht, den Klimanotstand auszurufen," so Botzki.

Extinction Rebellion fordert einen schnellstmöglichen Stopp der fossilen Energien und eine radikale Transformation der Gesellschaft. Unter anderem mit ausgelosten Bürger:innenräten, die schon in Irland oder Frankreich zum Einsatz kamen, soll das politische System aus dem Einflussbereich der Lobbys gehoben und die Interessen der Bürger*innen in den Vordergrund gestellt werden.

Fotos der Aktion finden Sie <https://xrshort.eu/xr-herbst-bilder>

Bei Pressefragen kontaktieren Sie bitte Annemarie Botzki, Tel. 017657823898